

Bolz, Klaus

Article — Digitized Version

## Überholte "Störfreimachung"

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Bolz, Klaus (1970) : Überholte "Störfreimachung", Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 50, Iss. 4, pp. 245-246

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134109>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

## Überholte „Störfreimachung“

Dr. Klaus Bolz, Hamburg

Die durch die Bundesregierung gewährten vielfältigen Erleichterungen beim Interzonenhandel, die 1969 erhebliche Steigerung des innerdeutschen Handelsvolumens (1968: 2,87 Mrd. VE, 1969: 3,84 Mrd. VE) sowie die vielseitigen finanziellen Forderungen der DDR nach Ausgleichszahlungen haben dem Thema „Westhandel der DDR“ einen ständigen Platz in der Presse der BRD gesichert. Das unveränderte Drängen der ostdeutschen Machthaber auf politische Anerkennung ließ zumindest die Ökonomen die Frage stellen, ob die DDR als Teil Deutschlands und damit quasi EWG-assoziiertes Land die Anerkennung ernsthaft wünschen könnte, da die mit der völkerrechtlichen Anerkennung fortfallenden Vorteile sie doch jährlich ca. 500 Mill. DM kosten würden. Seit Jahren erweckt die DDR durch politische Schikanen gegen die BRD den Eindruck, als könnte sie auf den Interzonenhandel verzichten. Oder aber sie scheint einfach mit handelspolitischen Vergeltungsmaßnahmen der BRD nicht zu rechnen.

### Zwangsläufige Wendung zum Westen

Die „Störfreimachung“ zu Beginn der 60er Jahre hatte zum Ziel, die ostdeutsche Wirtschaft von westdeutschen Zulieferungen unabhängig zu machen, um damit der Bundesregierung die politische Waffe des Interzonenhandels aus der Hand zu schlagen (1961: -12,9 %; 1962: -2,6 %). Offensichtlich im Widerspruch zu der lautstark propagierten Störfreimachung steht die Tatsache, daß man an Hand der statistischen Daten ab 1963, abgesehen von 1967 (-7,5 %), eine ununterbrochene Aufwärtsentwicklung des Interzonenhandels feststellen kann. Mit 34 % Zuwachs gegenüber dem Vorjahr bildet 1969 den absoluten Gipfel.

Wie läßt sich nun diese Entwicklung, der eine gewisse Zwangsläufigkeit innezuwohnen scheint, erklären? In entwicklungspolitischer Hinsicht könnte man es als Tragik der DDR ansehen, neben der UdSSR im Comecon wirtschaftlich und technisch die Spitzenposition einzunehmen. Alle Verträge, Anpassung vieler Normen etc. innerhalb des Comecons änderten nichts daran, daß der Zweck der Zusammenarbeit für die DDR nur minimal erfüllt wurde, nämlich durch den Aus-

tausch technisch-wirtschaftlicher Leistungen und die enge wirtschaftliche Verknüpfung für die eigene wirtschaftlich-technische Entwicklung zu profitieren. Die DDR war und ist im wesentlichen aufgrund ihres hohen Entwicklungsstandards meist nur Gebender. Deshalb muß sie, da sie abgesehen von der UdSSR wenig technisches „know how“ von den Comecon-Partnern erwarten kann, seit Jahren relativ hohe Forschungsaufwendungen tätigen, wenn sie – gemessen am Weltstandard – auf vielen ihrer Arbeitsgebiete nicht zu weit zurückfallen will. Die bisherigen Hindernisse für den Ankauf von Lizenzen im Westen zwangen die DDR – gemessen an dem wirtschaftlichen Potential des Landes –, auf zu vielen Gebieten selbständig zu forschen.

### Nutznießler Comecon

Die Erfahrung aus diesen Anstrengungen: Man erreicht nicht immer die technischen Leistungen des Westens. Voll profitieren vor allem die Partnerländer an den für osteuropäische Verhältnisse guten Ergebnissen. Man sieht offensichtlich in einer sich allein auf die Comecon-Länder beschränkenden Arbeitsteilung zunehmend einen geringeren Nutzen. Nicht zuletzt hat die Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und der Wille, diese primär für die DDR zu nutzen, zu der heute deutlich gewordenen Westwendung im Handel geführt, der der eigenen Produktivitätssteigerung zugute kommen soll. Die DDR könnte dabei in das Dilemma geraten, sich auch der politischen Westorientierung verdächtig zu machen. Nicht zuletzt daraus könnte erklärt werden, weshalb sie auf Erfüllung der Verträge und Lieferungen im Comecon peinlich genau bedacht ist und diese sogar noch erweitert. Bei gleichzeitig stärkerer handelspolitischer Anlehnung an den Westen dürfte ihr die Erfüllung sogar leichter werden. Die Comecon-Partner werden damit zu Nutznießern der sich intensivierenden handelspolitischen Verflechtungen mit dem We-

*Klaus Bolz, 31, Dr. rer. pol., leitet die Abteilung „Grundlagenforschung“ im Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA).*

sten. Wegen der Erfüllung der erneut gesteigerten Comecon-Verpflichtungen verschieben sich im Jahre 1969, trotz überdurchschnittlicher Steigerung des Güteraustausches mit nichtsozialistischen Ländern, die Anteile des DDR-Außenhandels zugunsten des Westhandels allerdings nur wenig. In den Jahren bis 1968 hatte sich der Handel mit den kapitalistischen Industrieländern auf rd. 20 % des DDR-Außenhandels eingependelt. Der Wert für 1969 dürfte etwas darüber liegen.

Hier ist anzumerken, daß auch innerhalb des Comecons das handelspolitische Verhalten der DDR aufmerksam beobachtet und nicht selten mit Argwohn bedacht wird. Man betrachtet den der wirtschaftlichen Entwicklung der DDR zugute kommenden Westhandel, der zu rd. 50 % innerdeutscher Handel ist und obendrein von der EWG-Assoziierung profitiert, als empfindliche Konkurrenz für die eigenen Westhandelsbemühungen, die ohne die Marktvorteile hinsichtlich Zoll, Mehrwertsteuerrückvergütung, Kredite und Kontingente selbstverständlich weniger erfolgreich sind. Man unterstellt der DDR sogar, daß sie aufgrund des Westhandels ihren Lieferverpflichtungen im Comecon nicht voll nachkomme, während man selbst brav in die anderen Comecon-Länder liefere.

#### DDR-Interessen

Während der Handel mit den meisten westeuropäischen Ländern in Lieferungen und Bezügen seit Jahren nahezu ausgeglichen ist, sind im Jahre 1969 die Bezüge aus der BRD zu einem großen Teil (rd. 700 Mill. VE) über Kredite finanziert worden. Wurden in der Vergangenheit solche Kredite in der Regel im Folgejahr ihres Entstehens durch entsprechende Regulierung der Bezüge und Lieferungen weitgehend beseitigt, scheint 1970 davon abgewichen zu werden. Die DDR (vor allem Außenwirtschaftsminister Sölle) glaubt geradezu, ein Anrecht auf weitere westdeutsche Kredite ableiten zu können: als Gegenleistung für die Befolgung des westdeutschen Wunsches nach Verhandlungen, aufgrund der Erstattungsforderungen für Post, Öl und Berlinverkehr und mit dem Hinweis auf den 6,5 %igen UdSSR-Vorzugskredit.

Wurde der Westhandel der DDR bisher vornehmlich als Mittel zur besseren Verwirklichung der Wachstums- und Strukturziele sowie im Dienste der Förderung der ostdeutschen Technologie gesehen, soll nun eine Hypothese über die Fristigkeit dieser Handelspolitik zur Diskussion gestellt werden: Die DDR ist zur Absicherung ihrer ökonomischen Ziele und vielfältigen politischen Verpflichtungen auch auf längere Sicht an einem soliden Ausbau des Westhandels interessiert. Aus den gegenseitigen Beziehungen entstehen

auch von der DDR gewollte gegenseitige Abhängigkeiten, die auch langfristig die gute Verbindung zum BRD-Markt garantieren sollen. Der Ausbau des Handels unter den zur Zeit für die DDR so günstigen Bedingungen käme ihr auch im Falle der Anerkennung und des Erlöschens aller Vorteile zugute. Zwar gehen verschiedene Äußerungen führender Parteifunktionäre dahin, daß man auch nach einer Anerkennung den Handel als Sonderbereich nach alten Regeln (Vorteilen) sich entwickeln lassen sollte. Man dürfte in der DDR aber schließlich realistisch genug sein, um zu wissen, daß dies selbst bei gutem Willen der Bundesregierung im Hinblick auf die EWG-Partner nicht voll aufrechtzuerhalten sein würde. Für diesen Fall, der die DDR jährlich den Verlust bisheriger Vorteile im Werte von rd. 500 Mill. DM kosten würde, hätte sie sich immerhin im Westhandel so gut etabliert, daß die übrigen Comecon-Länder trotz dann gleicher Startchancen gegen sie kaum konkurrieren könnten. So gesehen – und die ökonomisch sehr realistische auf den eigenen Vorteil bedachte Einstellung spräche dafür – treibt die DDR eine sehr konsequente, langfristig orientierte Politik der wirtschaftlichen Absicherung.

#### Handel als politisches Instrument

Wahrscheinlich wird ein weiteres Entgegenkommen gegenüber der DDR nicht nötig sein (es sind wohl auch kaum weitere Maßnahmen denkbar), um den innerdeutschen Handel zu erweitern. Dieser DDR-Handel wird sich stets in dem Maße entwickeln, wie er von den ostdeutschen Machthabern als ökonomisch und ideologisch nützlich angesehen wird. Bei einiger Realitätsnähe der obigen Hypothese braucht sich die Bundesregierung nicht zu scheuen, den DDR-Handel langfristig auch zu einem brauchbaren Instrument der Politik gegenüber der DDR auszubauen. Denn eine erneute „Störfreimachung“ dürfte heute bei der DDR-Führung nicht mehr ernsthaft zur Diskussion stehen, da die volkswirtschaftlichen Einbußen für die eigene ökonomische Entwicklung zu hart zu Buche schlugen. Ohne hier den Rat geben zu wollen, den innerdeutschen Handel von der Seite der BRD aus zu mißbrauchen, sollte die Existenz dieses politischen Mittels beiden Seiten im Bewußtsein bleiben. Im übrigen wird die Stärke dieses Instruments davon bestimmt, in welchem Umfang die DDR ausbleibende Lieferungen aus der BRD durch Lieferungen ihrer vielen anderen westlichen Handelspartner substituieren könnte. Andererseits spricht die Struktur des gesamten Westhandels dafür, daß die DDR zur Verwirklichung ihres Zieles, bis 1975 einen modernen Industriestaat aufzubauen auf westdeutsche Lieferungen angewiesen ist.